Alhambra

Zeitung & Programm

Sonderausgabe zum Dezember 2015

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
– unterstützer_innen –

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
tba

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 3

vernetzung
Gruppen stellen sich vor 5

antirassismus
No Lager! Blankenburg wieder „Erstaufnahmeeinrichtung" 8

internationalismus
Interview: Wenn Rojava nur von Staaten verteidigt wird, wird die Revolution unter gehen 12

bewegung
Antikapitalistische Mittelstandskinder 16

erinnerungspolitik
Sie sind wieder da: Reißwölfe in Oldenburg gesichtet
Vom Selbstverständnis zeithistorischer Forschung 18

diskussion
Ableistische Linke? 23

Ankündigungen 26

Liebe Lesende,

ihr haltet die „Spezial“-Winterausgabe der Alhambra-Zeitung in der Hand! Yeah :). Wie ihr sicherlich mitbekommen habt, gab es ein „kleines“ Sommerloch ohne Alhambra-Zeitung. Dieser Umstand geht darauf zurück, dass es einen größeren personellen Wechsel in der Redaktion gegeben hat. Wir - das neue Redaktionskollektiv - haben uns daher entschlossen, euch nicht länger warten zu lassen und diese „Sonderausgabe“ zum Jahreswechsel herauszubringen.

Wir sehen die Zeitung als Informations- und Vernetzungsplattform von Nutzer_innen des Alhambras. Selbstverständlich gibt es viele Brennpunkte auf dem gesamten Planeten, die alle ihre Aufmerksamkeit fordern und über die ihr euch auch weiterhin in einschlägigen Print- oder Onlinemedien schlau machen werdet. Unser Anspruch an die Zeitung ist es darüber hinaus, aktuelle Themen mit Lokalbezug zu Oldenburg zu verbinden. Vollständigkeit können wir dabei natürlich nicht immer garantieren. Daher ist es uns wichtig, dass die Beiträge im besten Fall direkt von euch kommen!

Für diese Ausgabe haben wir von euch bereits drei Beiträge bekommen. Mit weiteren Texten aus diesem Jahr werfen wir einen Blick auf die Themenfelder Antirassismus, Internationalismus, Erinnerungspolitik und Klimabewegung. Der letzte Artikel soll zur kritischen Auseinandersetzung mit Ableismus innerhalb der eigenen linken Strukturen anregen. Ein chronologischer, aber vermutlich nicht lückenloser Rückblick auf die diversen Aktivitäten aus dem Alhambra-Umfeld im Jahr 2015 begleitet euch als Ticker durch das gesamte Heft. Hier kommt die Energie zum Ausdruck, die jede_r Einzelne in die politische Arbeit im Kleinen oder Großen gesteckt hat.

Oftmals ist zu hören, die Alhambra-Gruppen und Leute sind zu verschlossen und es gibt kaum Möglichkeiten, irgendwo einzusteigen und mitzuwirken. Deshalb haben wir uns entschieden die offenen Strukturen und Gruppen im Alhambra, die aktuell regelmäßig an verschiedenen Themen arbeiten, vorzustellen. Kommt doch einfach zum *Offenen Vernetzungstreffen*, zum *Offenen Antifa-Treff* oder schaut bei den antirassistischen Arbeitsgruppen *Stop Deportation*, *Welcome Refugees Oldenburg* oder dem *Solidaritätskomitee Kurdistan* vorbei, trommelt mit *Rythms of Resistance (RoR)*, kocht bei der *VoKü* mit. Lest mehr dazu ab S. 5.

Von der Gruppe *Welcome Refugees Oldenburg* gibt es einen Beitrag zur Geflüchteten-Situation in Oldenburg mit Schwerpunkt zur Wiedereröffnung des Lagers Blankenburg. Wir wollen nicht vergessen, dass rassistische Hetze aus der Bevölkerung von Olgida, „besorgten“ Bürger_innen, AfD und Co auch hier bekämpft werden musste und muss. Erfreulicherweise wurden Olgida, die im Frühjahr am Hauptbahnhof ihre menschenverachtende Ideologie verbreiteten, sowie diversen Aufrufen aus der „besorgten“ Bevölkerung entgegengetreten. Ein ähnlicher Versuch der AfD in Eversten gegen Geflüchtete zu hetzen, konnte im Vorfeld verhindert werden. Weitere Geschehnisse gibts dann im einzelnen Rückblick.

Darüber hinaus sind die vergangenen und aktuellen Nachrichten aus Syrien, Irak und Türkei mehr als besorgniserregend. Während sich die Kurd_innen in Syrien und im Irak noch immer gegen den IS wehren müssen, greift jetzt der EU-Kandidat Türkei unter Diktator Erdogan Kurd_innen im ganzen Land an. Der Frieden in der Region ist scheinbar in weite Ferne gerückt. In der Zwischenzeit werden auch die gesellschaftlichen Entwicklungen im kurdischen Autonomiegebiet Rojava von der hiesigen radikalen Linken beobachtet, diskutiert und teilweise aktiv unterstützt. In diesem Zusammenhang wollen wir euch das lesenswerte Interview mit einem Genossen aus Bremen, der seit einigen Monaten in Rojava lebt und aktiv ist, empfehlen.

Im Alhambra-Umfeld spielen die energie- und klimapolitischen lokalen wie globalen Kämpfe in der letzten Zeit eine untergeordnete Rolle. Es scheint, als tue sich die radikale Linke etwas schwer damit, eigene Inhalte ausreichend in die vor allem historisch gesehen stark von den sehr präsenten NGOs und umweltpolitischen Gruppen dominierte Bewegung einzubringen. Das Bündnis *Ende Gelände* hat mit der Besetzung des Braunkohletagebaus Garzweiler im August gezeigt, dass es durchaus möglich ist, eine breite Bewegung zu mobilisieren. Gemeinsam konnte eine durchaus erfolgreiche direkte Massenaktion, anknüpfend an die Kämpfe gegen die Atomindustrie und -politik, auch gegen Kohle durchgeführt werden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Klimakonferenz in Paris ist es ein wichtiges Zeichen, dass die Bewegung auch in der

Breite die von Politik und Industrie ins Spiel gebrachte und systemkonforme „Green Economy“ scharf angreift und antikapitalistische Lösungen von unten diskutiert und einfordert. Mehr als ein Dutzend Aktivist*innen aus Oldenburg nahmen an den *Ende-Gelände*-Aktionen teil, darunter die *RoR-Samba Gruppe*. Aufgrund der starken Degrowth- und Postwachstumsbewegung in Oldenburg und den damit bekannten verbundenen Konflikten mit Teilen der Linken drucken wir einen Artikel dazu aus der *ak* ab. Lesenswert!

Wir freuen uns, trotz neuer Zusammensetzung, euch auch in dieser Ausgabe einen erinnerungspolitischen Beitrag von Ingo Harms zu präsentieren. Er wirft erneut einen kritischen Blick auf die Zeitgeschichte Oldenburgs. Im Artikel benennt Ingo Harms Hürden, mit denen sich Historiker_innen bei der Aufarbeitung von Medizinverbrechen in der NS-Zeit konfrontiert sehen: Akten sind nicht einsehbar oder fallen gar Reißwölfen zum Opfer! Nicht zuletzt stellt sich hier die Frage nach dem Selbstverständnis hiesiger Forschung, bzw. der Verhinderung dieser. Zu lokalen Täter_innen und Profiteur_innen erfahrt ihr mehr ab S. 18.

Abgerundet wird diese Ausgabe mit einem Redebeitrag Oldenburger Feministinnen zum Umgang mit Ableismus, der vergangenen März auf der Demonstration „raise your voice, your body, your choice“ in Münster gehalten wurde und sich „an eine linke Szene und auch explizit an eine linke queer-feministische Szene“ richtet. Wir sind der Meinung, dass dieser Redebeitrag gelesen werden sollte und drucken ihn deshalb hier ab. Wir schließen uns der Forderung an: „Ableismus ist ein Thema womit wir uns beschäftigen müssen! Für eine solidarische und unterstützende Gesellschaft!“

Wir wollen eine nächste Ausgabe der Alhambra-Zeitung. Dafür wünschen wir uns, dass der Inhalt maßgeblich von Euch, den Leser_innen mitgestaltet wird. Also, bereitet Eure Beiträge vor und lasst sie uns zukommen! Kundgebungstexte, die zu oft von zu wenigen gehört werden, Aufrufe und Ankündigungen, (Hintergrund-) Analysen, Zusammenfassung der Geschehnisse oder Diskussionen oder stellt einfach eure Gruppe vor. Immer her damit! Wie immer entweder per E-Mail an zeitung@alhambra.de oder ins altbekannte Postfach. Und nicht zu vergessen: Beteiligt Euch an der Verbreitung der Zeitung in und um Oldenburg, aber auch überregional.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Redaktionskollektiv

offener antifaschistischer Treff Oldenburg

Wer sich für antifaschistische Politik interessiert und sich engagieren möchte, hat es oft nicht leicht, Räume und Ansprechpartner*innen zu finden. Vieles findet in geschlossenen Gruppen statt. Anschluss zu finden, ist oft nicht leicht.

Der Offene Antifaschistische Treff soll dem entgegenwirken und ein Raum für alle Menschen sein, welche sich mit dem Thema Antifaschismus auseinandersetzen wollen, Probleme mit Nazis haben oder einfach in einer netten Runde über die alltägliche Scheiße in Kaltland quatschen wollen.

In einem gemütlichen Rahmen kann der Treff ein Raum sein für Infoveranstaltungen, Vorträge, Filme, Austausch oder einfach einen Kneipenabend. Was passiert, entscheiden alle gemeinsam.

Nicht willkommen sind Mackertum, Dominanzverhalten, selbstgefälliges Dozieren, Sexismus, Homophobie, (israelbezogener) Antisemitismus, Verschwörungsideologien, Rassismus und Nazis.

Ansonsten laden wir alle Menschen ein zum ersten Treffen am 26.10.2015 um 20.00 Uhr ins Alhambra, Hermannstr. 83 in Oldenburg zu kommen.

Die nachfolgenden Treffen finden dann immer am 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Alhambra statt.

17.Januar Altenesch bleibt! – Winterfest +++ **25.Januar** Syriza gewinnt die Parlamentswahl in Griechenland – (k)ein Grund zur Freude +++ **26.Januar** Veranstaltungswoche zur „Erinnerungskultur“ beginnt +++ **27.Januar** jährliches Treffen am Gedenkstein zur Erinnerung an

offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik

1. Montag im Monat, 20.00 bis 22.00 Uhr
Alhambra-Kneipe, Hermannstr. 83, OL

Which side are you on?

„Die Welt ist viel zu widersprüchlich, als dass sie mit starrem schwarz-weiß Denken aus den Angeln gehoben werden könnte. Aber sie ist auch nicht so verworren, dass man nicht Partei ergreifen könnte“.
aus: Autonomer 1. Mai-Aufruf, Oldenburg 2015

Manchmal ist es als Linke_r nicht ganz einfach – Dinge einzuschätzen, Position zu beziehen und dann noch aktiv zu werden. Auf welcher Seite stehen wir – in der Griechenlandkrise, bei der Flüchtlingspolitik, bei den Konflikten in der Ukraine, Kurdistan, Israel, ..., bei Fragen zur Sterbehilfe oder zur Oldenburger Wohnungspolitik – wie verhalten wir uns? Oft wissen wir nicht, welche Gruppen, Einzelpersonen und Bündnisse es in Oldenburg zu diesen Themen gibt. Aber es gibt immer am 1. Montag im Monat im Alhambra um 20.00 Uhr ein offenes Treffen für Menschen, die Interesse an linker, emanzipatorischer theoretischer und/oder praktischer Politik haben. Wir wollen uns austauschen, gegenseitig informieren und unterstützen.Das Vernetzungstreffen endet um 22.00 Uhr, danach kann in der Kneipe gerne noch weiter diskutiert, gestritten, Ideen entwickelt, geplaudert werden, ...

Kommt doch gerne mal vorbei – wir freuen uns!

Mampf in Oldenburg!

Wir sind eine offene Gruppe, die versucht sich jeden Donnerstag zu treffen, um bis ca. 20 Uhr ein Essen für hungrige Mäuler zuzubereiten – alles im Sinne von „ohne Mampf kein Kampf“! Da wir uns als solidarisch begreifen und gegen Ausgrenzungen sind, kochen wir spendenbasiert und möglichst bio und fair, auf jeden Fall aber vegan. Über Nahrungsmittelspenden freuen wir uns sehr und falls ihr mal eine Aktion plant und dafür gerne Essen hättet, sprecht uns an!

Leider kommt es auch mal vor, dass wir nicht genügend Leute sind, dann fällt das Kochen und Essen aus. Wenn ihr mitmachen wollt, kommt donnerstags ab 18:30 ins Alhambra, dann ist sicherlich jemensch da, und wenn nicht probiert‘s einfach in der Woche drauf oder gebt eure Mail-Adresse an Menschen im Infoladen, wir schreiben euch dann an.

We are an open group, which is trying to cook every thursday from 18:30 till 20:00. It‘s always vegan, mostly organic and based on donations. If you want to take part, just come by or leave your e-mail adress in the „Infoladen“, we‘ll inform you.

die 74 von den Nationalsozialisten deportierten und ermordeten Oldenburger Sinti und Roma +++ **27.Januar** spontane Kundgebung am Hauptbahnhof zur weitestgehenden Befreiung Kobanes vom IS +++ **29.Januar** Bitter: RCDS gewinnt StuPa-Wahl +++ **12.Februar** „Die braunen Ur-

NO DEPORTATION GRUPPE

No Deportation Gruppe Oldenburg

Wir haben uns Anfang diesen Jahres mit dem Ziel gegründet, Menschen, die von einer Abschiebung oder einer sogenannten „Dublin-Überstellung“ bedroht sind, zu unterstützen. Jeden 1. Donnerstag im Monat haben wir ein offenes Treffen um 18 Uhr im Alhambra (der Treffpunkt ist draußen vor der Tür, falls sich etwas ändert, steht das auch auf der Alhambra-Homepage). Wenn ihr daran interessiert seid, bei der Gruppe mitzumachen, kommt gerne vorbei!

Groupe contre la deportation Oldenburg

Nous avons fondé une groupe qui veut agir contre la deportation par rapport de la systeme de Dublin III et donne soutien pour les gens qui sont menacés d´etre expulser. Il y a chaque premiere jeudi du mois un rencontre ouvert á 18 Uhr.

Le prochaine: 03.12. 18.00 Uhr

Lieu: Alhambra

On se rencontre devant l éntreé´.

Pour le cas de changement du temps ou lieu tu trouveras l´information au page dáccueil d`Alhambra.

Vous etes bienvenue d´etre part de notre groupe.

No Deportation Group Oldenburg

We formed as a group of anti-racist-activists for the reason of supporting people who are under threat of being deported or of a so called „Dublin-Überstellung/ Dublin-Transfer“ . Every first thursday of a month there is an open meeting at 6 pm (in Alhambra). The meeting point is in front of Alhambra (in the case of a change regarding the meeting time or place check Alhambra‘s homepage). If you are interested in joining our group come by our open meeting. We are thankful for every new ally!

Grupo en contra de deportación

El grupo se formó al principio del año con el objetivo de ayudar a personas que están en peligro de deportación o de un así llamado “traslado” según el Reglamento de Dublin.

Hay una reunión abierta todos los jueves primeros de cada mes a las 18hrs. El punto de encuentro es delante de Alhambra. (Posibles cambios se avisarán en la página web de Alhambra).

¡Si tienen ganas de participar en el grupo no duden en venir! Estaremos agradecidos_as de recibir nuevos_as aliados_as.

" نحن مجموعة "لا للترحيل
تحاول مساعدة الأشخاص الذين قد
يواجهون الترحيل لخارج المانية الاتحادية
تحت ما يسمى قانون دبلن
تجتمع كل اول خميس في الساعة السادسة
مساء
6 pm
مقابل قصر الحمراء "يمكنكم التاكد دائما
من وقت و مكان اللقاء عبر الصفحة
" الرئيسية لقصر الحمراء
اذا كنتم مهتمين بنشاطات مجموعتنا
يمكن القدوم الى لقائنا المفتوح كل اول
خميس من الشهر
يسعدنا قدومكم

sprünge von Regionalgeld, Zinskritik und Postwachstumsökonomie“ : Vortrag von Peter Bierl im Alhambra sorgt für hitzige Auseinandersetzungen zwischen Oldenburger Rechtshilfe und Postwachstumsökonomen +++ **14.Februar** Antifaschistische Sponti mit ca. 100 Leuten nach

No Lager

Blankenburg wieder „Erstaufnahmeeinrichtung“

Seit Bestehen der „zentralen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Blankenburg“ am Stadtrand von Oldenburg wurde gegen die isolierenden und menschenunwürdigen Bedingungen dieser Unterbringung für geflüchtete Menschen gekämpft. Im Juni 2011 wurde Blankenburg als Massenunterkunft für geflüchtete Menschen endlich geschlossen! Der ausdauernde Widerstand hat sicherlich dazu beigetragen. Ehrlicherweise müssen aber als Zusammenhang die repressiven Auswirkungen der europäischen und insbesondere der deutschen Asylgesetzgebungen, die Europa zur Festung gegen Geflüchtete machten und die daraus folgende rückläufige Zahl eingereister Geflüchteter genannt werden. Anfang Juni 2015 wurde bekannt, dass das Land Niedersachsen mit dem Eigentümer des ehemaligen Klosters, dem Immobilienmakler Wolfgang Schwerdt, im Gespräch darüber ist, ab Oktober dort wieder eine „Erstaufnahmeeinrichtung“ für bis zu 600 Geflüchtete einzurichten. Am 4. August wurde der Vertrag unterschrieben. Deswegen veröffentlichte die Blankenburg-Gruppe (Welcome_Refugees_Oldenburg_Plenum) Ende Juli diesbezüglich folgende Petition.

Hakenkreuz-Schmierereien am jüdischen Friedhof in Osternburg +++ **21.Februar** 2500 gehen in Oldenburg für eine solidarische Gesellschaft und gegen jede Form der Ausgrenzung auf die Straße +++ **8.März** Internationaler Frauentag mit zahlreichen Filmen und Vorträgen +++

»An die niedersächsische Landesregierung, die Stadt Oldenburg (Verwaltung und Rat) und die Bewohner_innen der Stadt Oldenburg.

Mit großem Entsetzen haben wir von den gemeinsamen Plänen des Landes, der Stadt und des Immobilieneigners Schwerdt gehört, das Gelände des ehemaligen Klosters Blankenburg bei Oldenburg wieder zu einem Lager für Geflüchtete zu machen. Auch wenn es beschönigt „Erstaufnahme“ genannt wird. Das Klostergelände in Blankenburg war immer wieder ein Ort von

Zwang und Ausgrenzung. Es diente als Armen- und Siechenhaus, als geschlossene psychiatrische Einrichtung – auch während der NS-Zeit – und bis 2011 als Lager für Geflüchtete. Dass dort nun wieder ein Lager entstehen soll, können und wollen wir nicht akzeptieren. Wir sprechen uns nicht dagegen aus, dass Flüchtende nach Deutschland und damit auch nach Oldenburg kommen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen, dass Flüchtende nicht nur hier herkommen, sondern hier auch unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Dafür wird aber viel zu wenig getan.

Wir fordern menschenwürdiges und selbstbestimmtes Wohnen und Leben für Geflüchtete – ohne isolierende Bedingungen, ohne eingeschränkte Gesundheitsversorgung, ohne die Fremdbestimmung des eigenen Wohnorts und mit dem Zugang zu Bildung und Arbeit.

Die Stadt Oldenburg selbst hat im Sommer 201w1 den Entschluss gefasst, Geflüchtete dezentral ‚unterzubringen‘, das heißt nicht in Lagern oder Sammelunterkünften einzusperren. Von dieser Entschlossenheit ist jetzt nicht mehr viel zu spüren. Im Gegenteil: Laut Pressemeldung (s. NWZ, 3.6.2015) werden die Pläne der Landesregierung, ein Erstaufnahmelager in Blankenburg einzurichten, begrüßt, da sie die „Lage“ für die Stadt Oldenburg „entspannen“ würde.

Uns ist bewusst, dass es derzeit in Oldenburg zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt und es darum für Menschen mit niedrigen Einkommen schwer ist, Wohnungen zu finden. Dies kann aber kein Argument sein, hinter den Forderungen der Geflüchteten, die im ehemaligen Lager in Blankenburg gestreikt haben und hinter den eigenen Beschlüssen zurückzubleiben.

Der soziale Wohnungsbau ist ebenso eine Aufgabe von Stadt und Land wie die Versorgung für Geflüchtete. Nur weil weder der einen noch der anderen Aufgabe ausreichend nachgekommen wird, wollen wir uns nicht gegeneinander ausspielen und uns nicht gegenseitig aus den wenigen bezahlbaren Wohnquartieren verdrängen lassen.

Warum mietet die Stadt nicht die neu entstehenden Wohnungen am Hafen? Falls dafür die Mittel nicht ausreichen, warum konfrontiert sie nicht die Landesregierung damit? Warum akzeptieren wir, dass Geflüchtete in Containern oder Turnhallen untergebracht werden, wenn wir selbst nie so leben wollen und gleichzeitig Wohnungen leer stehen?

Die SPD-Landesregierung ist mit dem Versprechen einer humaneren Flüchtlingspolitik angetreten. Wir fordern sie dazu auf, dieses Versprechen endlich wahr zu machen und durchzusetzen, dass die Unterbringung in Lagern abgeschafft wird. Nicht nur in Blankenburg oder Oldenburg, sondern in ganz Niedersachsen und bundesweit! Menschenwürde ist nicht verhandelbar!

Eine erzwungene Unterbringung in Lagern ist nicht menschenwürdig. Besonders eindrucksvoll wurde dies bereits beim vierwöchigen Streik der Bewohner_innen in Blankenburg im Oktober 2006 aufgezeigt. Der selbstorganisierte Streik wandte sich gegen eben jene Folgen und konkrete Auswirkungen einer zentralisierten Lagerunterbringung. Dies betrifft die grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse wie das Recht auf Privatsphäre statt Gemeinschaftsräumen mit bis zu 7 Mitbewohner_innen. Dies betrifft das Recht auf eine gute medizinische Versorgung. Nicht zuletzt betrifft dies das Recht, selbstbestimmt zu entscheiden, wann und was mensch essen möchte, und nicht tagein tagaus mit demselben schlechten Essen abgespeist zu werden.

Grundsätzlich sind Orte wie Blankenburg Orte der Isolation und der Ausgrenzung, die verhindern, dass Men-

11.März „Griechenland - welches Europa wollen wir?“ wird im PFL diskutiert +++ **16.März** Erste OLGIDA-Kundgebung von etwa 500 Leuten lautstark und entschlossen gestört +++ **18.März** Resistance in the heart of Frankfurt: Tausende protestieren gegen EZB-Eröffnung und die

schen an der Gesellschaft teilhaben und soziale Netze aufbauen können. Gleichzeitig sind sie Orte der Repression und der Angst, die einen permanenten Zugriff auf die Geflüchteten durch die Autoritäten ermöglichen und zugleich Widerstand gegen Abschiebungen unmöglich machen sollen. Da hilft auch ein idyllischer See nicht.

Aber nicht nur Politiker_innen können sich dafür einsetzen, dass es diese Orte nicht mehr gibt. Es gibt viele Möglichkeiten Geflüchtete willkommen zu heißen: Wohnungen können zur Verfügung gestellt oder weitervermittelt werden, Politker_innen angesprochen und angeschrieben werden oder antirassistische Initiativen mit Spenden unterstützt werden.

Wir fordern also: Kein Lager in Blankenburg oder sonstwo! Selbstbestimmtes Wohnen und Leben für Geflüchtete!«

Die Petition ist abrufbar unter:

https://welcomerefugeesoldenburg.wordpress.com

Am 19.11.15 wurde das Kloster Blankenburg vom niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) offiziell als neue Erstaufnahmestelle des Landes eröffnet.

Endlich schafft es eine Vielzahl von Menschen, vor Krieg, Gewalt, Diskriminierung, Ausbeutung, Armut und weiteren Gründen in die Länder zu fliehen, die von der herrschenden Wirtschaftsordnung profitieren, bzw. zu einem Großteil (Mit-) Verursacher der Fluchtursachen sind. Ihnen werden hier Turnhallen, Container oder gar unbeheizte Zelte als Obdach zugemutet. Angesichts dieser Entwicklung sind Lager wie Blankenburg natürlich „das kleinere Übel".

Gleichzeitig kann unsere Kritik hiemit nicht zu Ende sein: Es ist beschämend, dass die reichsten Länder der Welt an ihrem Wohlstand festhalten, ihre Grenzen schließen und Menschen, deren „Vergehen" es ist, nicht im reichen Teil der Welt geboren zu sein und für sich eine Perspektive zu suchen, in Blankenburg und schlimmeren Orten isolieren, kontrollieren und abschieben.

Lasst uns dem Rassismus, der hinter dieser Strategie steckt, entgegentreten und die Menschen in Blankenburg, Oldenburg, Deutschland und Europa mit unserer Solidarität und Unterstützung willkommen heißen!

Dafür braucht es aber viel mehr Menschen.

Die Welcome_Refugees_Oldenburg-Gruppe ...

...sucht weitere Mitstreiter*-innen – ihr seid herzlich willkommen!

Wir treffen uns 14-tägig- im Wechsel mit dem Ehrenamtlichen-Treffen bei IBIS- jeden 2. und 4. Mittwoch um 19:30 Uhr im Infoladen oder Siebdruck-Raum im Alhambra.

Als Grundsätze unserer Arbeit verstehen wir unter anderem folgende Punkte:

- Wir arbeiten solidarisch und parteilich für die Betroffenen.
- Wir begegnen allen Geflüchteten auf Augenhöhe. D.h. zum Beispiel, dass wir sie nicht auf eine Opferrolle reduzieren.
- Die geflüchteten Menschen sollen von uns nicht bevormundet oder belehrt werden.
- Für unsere Hilfe erwarten wir keine Dankbarkeit oder setzen diese voraus. Genauso wenig erwarten wir Gegenleistungen.
- Wir stellen die Fluchtgründe derjenigen, die hier angekommen sind,nicht in Frage. Alle Menschen, die hier herkommen, haben ihre legitimen Gründe, warum sie hier leben wollen. Ob sie davon erzählen wollen, ist einzig und allein ihre Entscheidung!
- Wir machen uns die Ungleichverteilung der Privilegien in unserer Gesellschaft bewusst.

Auf dieser Grundlage möchten wir gemeinsam an einer Gesellschaft arbeiten, die bedingungslos die Menschenwürde aller achtet.

europäische Krisenpolitik +++ **19.März** Beginn der Wanderausstellung „Opfer der NSU" bei IBIS +++ **21.März** zum internationalen Tag gegen Rassismus demonstrieren ca. 1500 Menschen +++ **21.März** „1000 Kreuze Marsch" in Münster: 350 Menschen bei Gegendemo für Selbstbe-

Werbung für den Infoladen

Infoladen Roter Strumpf

kaffee ... tee ... zeitschriften ... bücher

Über den Verkauf von alternativ gehandelten Produkten (Kaffee, Tee, Honig, Kakao, Zucker, Schokolade) sollen Projekte in Asien, Lateinamerika und Afrika finanziell und ideell unterstützt werden, die Alternativen jenseits der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen aufzeigen. Dadurch sollen die Ausbeutungsstrukturen zwischen dem Norden und dem Süden perspektivisch aufgehoben werden. Wir verkaufen ausschließlich Produkte, die den Kriterien des alternativen Handels genügen:

- Festpreise, die über dem Weltmarktpreis liegen
- Kontinuierliche Handelsbeziehungen
- Vorfinanzierung der Ernte bzw. der Produkte
- Produktion hauptsächlich für den Binnenmarkt und erst in zweiter Linie für den Export
- Die Produkte sollten unter vertretbaren Arbeitsbedingungen und vornehmlich mit landesüblich gewachsenen Methoden hergestellt werden.
- Unterstützung vom Aufbau eigener sozialer Infrastruktur (Bildung, medizinischer Versorgung usw.) der Kooperativen
- Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen durch fachliche Berater_innen
- kein Handel des Kaffees über Kaffeebörsen, weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels im Erzeuger_innenland
- Alternative Handelsorganisationen arbeiten nicht gewinnorientiert

Ein Teil unserer Waren sind nach ökologischen Kriterien produziert, und wir unterstützen Projekte, die in kollektiven Strukturen demokratisch verwaltet werden. Unsere Handelsorganisationen sind café libertad, aroma zapatista und el rojito, deren Kriterien des alternativen Handels unseren Vorstellungen am nächsten stehen.

Außerdem verkaufen wir Zeitschriften, Bücher, Buttons, Aufnäher u.v.m. zur Unterstützung von Projekten, die den herrschenden Verhältnissen etwas entgegensetzen.

erhältlich im Infoladen

Öffnungszeiten

Do. 18 – 21Uhr

stimmung „Raise your voice – your body, your choice“ +++ **30.März** OLGIDA lädt zum „Spaziergang“ ein – Pustekuchen: Gegendemonstrant_innen hindern etwa 50 Teilnehmer_innen am marschieren +++ **2.April** Besetzung des Alten Sportamts in Bremen +++ **13.April** OLGIDA

WENN ROJAVA NUR VON STAATEN VERTEIDIGT WIRD, WIRD DIE REVOLUTION UNTER GEHEN

Von: Gruppe Louise und andere libertäre Sozialist*innen im Kurdistan-Solidaritätskomitee Bremen

»Differenzierte Berichte über das Geschehen in Rojava sind nach wie vor rar gesät, daran hat auch die inzwischen recht ansehnliche Menge internationaler Delegationsreisen bisher wenig geändert. Selbst die langsam wachsnde Zahl von Internationals, die sich nach Rojava begeben, um sich direkt am Freiheitskampf im Norden Syriens zu beteiligen und den Aufbau selbstverwalteter Strukturen zu unterstützen, hat bisher nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Informationslage hier geführt. So bleiben viele Fragen weiterhin unbeantwortet, was eine Einschätzung der tatsächlichen Lage, Akteur*innen und Kräfteverhältnisse und damit auch die Entfaltung einer kritischen Solidarität aus libertärer Perspektive erschwert. Wir hatten im September die Gelegenheit, per E-Mail ein Interview mit einem deutschen Anarchisten führen, der vor einem knappen Jahr nach Rojava gegangen ist und sich dort seitdem vor allem am Aufbau ziviler Projekte beteiligt hat.«

Du lebst jetzt seit einigen Monaten in Rojava und bist dort an unterschiedlichen Orten aktiv. Was machst du dort und was sind deine allgemeinen Eindrücke?

Ich war einige Zeit in der YPG und arbeite nun als Teil der Demokratischen Bewegung (TEV-DEM) in der Koordination der grenzenlosen Freiwilligen mit. Immer mehr Menschen aus aller Welt kommen nach Rojava, manche mit viel Erfahrung und großen Plänen, andere ohne jegliche Vorkenntnisse, aber viel Tatendrang, um hier eine neue, freie Gesellschaft aufzubauen. Der Staat ist physisch weitestgehend zerstört und die Fragen der Bildung, Gesundheitsversorgung, Wirtschaft, Kunst...alle Felder, in denen sich menschliche Gesellschaft organisiert, erwarten einer visionären Antwort. Der Drang nach neuen Ideen und die Entfesselung eines gewaltigen Schaffensgeistes sind überall spürbar. Die sichtbarsten Veränderungen sind die direkten Folgen des Falls der Staatsmacht: Überall wird gebaut und Bäume werden gepflanzt, das war vorher verboten. Und die Frauenbefreiung ist unglaublich vorangeschritten in nur vier Jahren der äußeren Revolution.

Wir erleben in der linken Debatte über Rojava oft eine recht verallgemeinernde Idealisierung aufder einen und aufder anderen Seite Desinteresse bis hin zu einer Ablehnung, die sich wenig mit dem realen Geschehen auseinander zu setzen scheint. Wie ist dein Erleben der aktuellen Situation? Würdest du sagen, dass in Rojava revolutionäre Verhältnisse herrschen und wenn ja, wo spiegelt sich das wider?

In Rojava herrschen zweifelsohne revolutionäre Verhältnisse, in einem einzigartigen Maße. Eine Gesellschaft ist erwacht, organisiert sich selbst in allen Bereichen und revolutioniert ihr Bewusstsein in einem Maße, dass sie zu einem antifaschistischen und antikapitalistischen Bollwerk macht, welches schon bald kein Herrscher mehr wird niederreißen können. Vielen Menschen ohne Kontakt nach Rojava fehlt immer noch der Zugang zu greifbaren Informationen über die Vorgänge dort. Das verunsichtert, zumal die Antipropaganda insbesondere vonseiten des türkischen und des KRG-Staates stark ist und auch linke bis anarchistische Menschen skeptisch macht. Jede*r macht Rojava zu dem, was ihr*ihm am Besten in den Kram passt. Daher wird es uns von verschiedener Seite als anarchistische Revolution, stalinistische Rebellion oder autoritärer Kurdenstaat verkauft. Linke und selbst selbsternannte Anarchist*innen setzen Revolution auch manchmal leider mit Avantgardismus gleich. Da die PKK nicht die politische Kontrolle übernommen hat (wie ihr oft vorgeworfen wird), sondern sich auf die Bildung und Aufklärung der Bevölkerung konzentriert, gibt es keine zentralisierte Macht und das führt zu oft widersprüchlichen Entwicklungen. Diese sind aber nicht zwangsläufig konterrevolutionär, sondern in sich gerade Kern eines freiheitlichen Neuaufbaus. Louis Althusser erklärt in „Ideologie und ideologische Staatsapparate“, wie gegen den Staat gerichtete Bewegungen oft seine Stärkung zur Folge haben. Genauso können augenscheinlich konterrevolutionäre Entwicklungen die freie Gesellschaft stärken, wohingegen es schädlich wäre, sie gewaltsam zu unterdrücken. Viele Menschen, sowohl hier als auch in Europa, haben einfach zu totalitäre Revolutionsvorstellungen.

Wo siehst du Schwierigkeiten, Gefahren oder Widersprüche?

Davon gibt es eine ganze Menge. Der Hauptwiderspruch auf politischer Eben besteht zwischen den basisdemokratischen Rätestrukturen und dem parlamentarischen System, die par-

sagt geplante Demo aus „organisatorischen Gründen“ ab +++ **25.April** Wie erleben Besucher das Jobcenter Oldenburg? – ALSO stellt neue Studie vor +++ **28.April** Refugee-Bus-Tour der „Stop deportation“-Gruppe +++ **1.Mai** „Which side are you on?“ Autonome 1.Mai Demo in Ol-

allel zueinander existieren. Letzteres wurde geschaffen, um die politischen Parteien zu integrieren, die das Rätesystem ablehnen – direkte Demokratie ist eine klare Absage an Parteimacht und wurde daher von mehreren der in Rojava etablierten Parteien abgelehnt. Die Entscheidungsfähigkeit liegt weitestgehend nach wie vor bei den Räten, das Parlament und seine Ministerien sind gegenüber der dezentralen Organisierung nicht weisungsbefugt. Dennoch nehmen sie legislative Aufgaben wahr und sind Organe eines Staates, genauso wie etwa die neu geschaffene Nationalarmee.Wir kennen solche Beispiele aus vielen historischen Revolutionen und müssen diese analysieren, um nicht dieselben Fehler zu wiederholen und die komplexen Dynamiken unserer Situation zu verstehen. Das Embargo zum Beispiel ist mitverantwortlich für die Stärkung konterrevolutionärer Kräfte, gleichzeitig hat es aber auch durch Importknappheit den Aufbau einer lokalen kooperativen Wirtschaft begünstigt. Mit Dogmen kommen wir in der Praxis nicht weiter.

Und welche Aspekte begeistern dich?

Ich liebe die dezentrale Organisierung. Es gibt einfach kein Zentralkomitee, das von oben herab den Aufstand dirigiert, vielmehr sind es tausende autonom denkende Individuen und Gruppen, die alle in dieselbe Richtung streben und dabei gemeinsam eine neue Welt schaffen. Dadurch entstehen Vielfalt und Widersprüche, und gerade darin liegt der Reichtum der Revolution. Apo hat die Gesellschaft einmal mit einem Feld verglichen: Eine Monokultur ist schwach und anfällig, Pestizide, Zäune und Maschinen sind notwendig, um sie zu erhalten. In einer Multikultur hingegen besteht ein starkes Ökosystem, welches sich selbst stützt, schützt und am Leben erhält. Genauso kann eine homogenisierte Gesellschaft (wortwörtlich eine Monokultur) nur durch den Staat existieren, wählend eine freie, vielfältige Gesellschaft den Staat überflüssig macht.

Manchmal haben wir hier das Gefühl, dass innerhalb der Linken wenig Vorstellungen darüber existieren, wie widersprüchlich revolutionäre Veränderungen in Gesellschaften in der Realität ablaufen. Wird Rojava deiner Meinung nach teilweise an Maßstäben gemessen, die sich zu sehr auf abstrakte Theorien beziehen und keinen Raum für Prozesse lassen? Wie ist es, in einer Gesellschaft zu leben, in der grundlegende Umwälzungen stattfinden?

Das Problem der europäischen Linken ist, dass sie jegliches Verhältnis zu ernsthafter revolutionärer Praxis verloren hat. Selbsterklärte Militante vergessen hier in beängstigem Maße, dass Revolution ein Prozess ist und kein Zustand. In Europa ist mensch links bzw. revolutionär, in dem mensch sich selbst dazu erklärt – dass Revolutionär*in sein ein Entwicklungsprozess ist, der niemals aufhört, wird dabei außer Acht gelassen. Deshalb kann oft auch keine konstruktive Außernandersetzung mit eigenen individuellen und kollektiven Schwächen und Unzulänglichkeiten stattfinden – fehlende Organisation, Sexismus, Profilierungssucht sind da nur Beispiele. Einst starke Massenorganisationen haben jeden Kontakt zur Bevölkerung verloren und bedienen nur noch den Bedarf eines widerlichen Überlegenheitsgefühls, welches sie allenfalls zu Klassenfeinden, mitnichten aber zu Revolutionär*innen macht. In der Tat hat das Proletariat weitestgehend das Bewusstsein verloren, um kollektiv über die Ursachen der Krise zu reflektieren – aber viel schlimmer ist es, die Problematik verstanden zu haben und dennoch aufgrund der Unfähigkeit zur Selbstkritik tatenlos zu bleiben.

In Rojava wird ja versucht, das 2003 von Öcalan entwickelte Konzept des demokratischen Konförderalismus bzw. der demokratischen Autonomie umzusetzen. Eine der Grundlagen dieses Modells ist die Selbstorganisierung der Bevölkerung in Räten. Hast du die Arbeit der Räte mitbekommen? Wie sind die Räte zusammen gesetzt? Beteiligt sich die Bevölkerung als Ganzes oder nur einzelne Gruppierungen?

Die Räte sind an den meisten Orten auf vier Ebenen organisiert. Die kleinste ist die Kommune eines Dorfes oder Straßenzuges. Ich kenne eine Kommune in Qamishlo näher, in der ich an Treffen und gemeinsamen Aufräumarbeiten teilgenommen habe. An den kommunalen Aktivitäten haben sich viele beteiligt, bei den Treffen hat es variiert, manchmal waren nur wenige Familien da, allerdings immer sowohl Kurd*innen als auch Araber*innen. Es gab aber auch einige Leute, die sich gar nicht beteiligthaben, weil sie die Selbstorganisierung für sinnlos hielten. Einige nationalisische Kurd*innen und Araber*innen sowie regimetreue Christ*innen boykottieren die Räte durch ihr Fernbleiben. Ein KDP-Anhänger ist anfangs bei jedem Treffen gewesen und hat gegen die Revolution gewettert, doch nachdem die Leute ihm nicht mehr zugehört haben, ist er nicht mehr gekommen. In der erwähnten Kommune gibt es mehrere Kommissionen, zum Beispiel den autonomen Frauenrat, dessen Vorsitzende eine junge Mutter ist, das Selbstverteidigungskomitee (HPC), und die Streitschlichter*innen. Jede Kommune kann so viele Kommissionen bilden, wie sie, will, aber viele Sachen werden auch auf die Stadtteil-/Gemeindeebene verlagert.

Parallel zu den Rätestrukturen von unten gibt es in Rojava ja auch noch repräsentative Regierungsstrukturen. Wie verhalten sich diese beiden widersprüch-

denburg mit etwa 400 Teilnehmer_innen +++ **3.Mai** vor 70 Jahren: Oldenburg wird vom Nationalsozialismus befreit +++ **8.Mai** vor 70 Jahren: Krauts kaputt! +++ **8.Mai** Arbeitskampf: Kita-Beschäftigte legen Arbeit unbefristet nieder, zeitweise werden alle städtischen Kitas bestreikt

lichen Modelle zueinander und lässt sich eine Tendenz ausmachen, ob sich eher die Strukturen von oben oder die von unten durchsetzen?

Wie gesagt, die Ministerien können Gesetze entwerfen und das Parlament kann sie beschließen. Es ist aber nicht so, dass zum Beispiel die lokalen Ökologieräte jetzt dem Umweltministerium unterstehen. Die Ministerien haben eine Verwaltungsaufgabe und sind auf die Räte angewiesen, bei denen die Mittel für die praktische Umsetzung liegen. Das erwähnte Umweltministerium, dessen Vorsitz die grüne Partei innehat, wollte zum beispielsweise die Fisch- und Wildbestände um die Seen im Norden Rojavas schützen und sprach dafür mit den Leuten aus den umliegenden Dörfern, die dort fischen, jagen und Land bestellen. Jetzt gibt es im Frühjahr ein dreimonatiges Fischereimoratorium und ein Naturschutzgebiet, in dem Holzfällen und Jagen verboten sind. Die Dorfbewohner*innen haben dem nicht nur zugestimmt, sondern sind diejenigen, die über die Einhaltung dieser Regeln wachen. Die Menschen Rojavas stehen mit großer Mehrheit hinter der Räteorganisierung. Doch die wenige Unterstützung, die von außen kommt, kommt vor allem vonwestlichen Regierungen, die natürlich ein bourgeoises Staatssystem bevorzugen. Wenn die Rätebewegung nicht stärker von den sich diesen Regierungen entgegenstellenden revolutionären Kräften unterstützt wird, werden die Reaktionäre die Oberhand gewinnen.

Das Modell des demokratischen Konföderalismus ist ja u.a. stark von Bookchins Libertärem Kommunalismus inspiriert. Viele hier hat es überrascht, dass eine sich früher als stalinistisch bezeichnende Organisation wie die PKK nun libertäre Gesellschaftskonzepte entwickelt und vertritt. Wir treffen unter vielen Linken in Deutschland immer noch auf viel Skepsis und Ablehnung gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung. Was sind deine Erfahrungen und Einschätzungen hinsichtlich des libertären Charakters der Revolution und den Veränderungen der PKK?

Die Vergangenheit der PKK und ihr autoritäres Erbe offen und kritisch zu diskutieren ist unerlässlich. Aber sie heute noch als stalinistisch oder zentralistisch zu bezeichnen zeugt von völliger Unwissenheit. Die PKK ist eine militante Massenorganisation, die sich 2005 mit einem dezentralen, libertären Paradigma neu gegründet hat. Dass damals über drei Viertel der Führungsrige die Partei verlassen haben, gibt Aufschluss darüber, wie radikal der Wandel war. Innerhalb der PKK gibt es heute eine riesige Bandbreite von politischen Positionen, von nationalistischen Marxist*innen über Linkskommuninst*innen bis zu Anarcha-Feminist*innen. Daher gibt es durchaus auch Stimmen, die das Klischee des totalitären Parteistaats bedienen – richtungsweisend für die Bewegung und die Partei ist aber der libertäre Charakter, der in den Maximen Basisdemokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung Ausdruck findet. Auch der Kult um Öcalan trägt zur Skepsis bei. Er wird im Mittleren Osten einfach ganz anders verstanden als in Europa, wo Hitler und Stalin tiefe Narben in der kollektiven Erinnerung hinterlassen haben.

Was meinst du kann die linke Bewegung in Deutschland von der kurdischen Freiheitsbewegung und den gesellschaftlichen Prozessen in Rojava lernen?

Vor allem kann sie wieder Hoffnung schöpfen. In Deutschland ist der Glaube an eine tatsächliche Revolution ja selbst unter Radikalen weitestgehend erloschen. Rojava beweist, dass unsere Zeit reif ist für den Aufstand gegen die Hegemonie der Herrschaft selbst, und dass er erfolgreich sein wird. Es beweist, dass Millionen Menschen ohne Underdrückung und Sklaverei friedlich zusammenleben können, dass sie nicht auf Staat, Macht und Gewalt angewiesen sind. Es beweist, dass Rätedemokratie im großen Stil möglich ist. Zudem können wir aus der Praxis von Kritik und Selbstkritik und aus der kommunalen Praxis lernen. In der europäischen Linken existiert unterschwellig eine große eurozentristische Arroganz, die insgeheim dem bourgeoisen Märchen von der moralischen Überlegenheit weißer/westlicherWerte und Kultur zustimmt. Wie sehr unser Charakter in westlichen Gesellschaften jedoch von kapitalistischen Normen wie Egozentrismus, Profitstreben und Sozialdarwinismus geprägt ist, wird dabei oft ignoriert. Wir müssen erkennen, dass die Ursachen für unser Scheitern vielmehr in uns selber liegen als in der physischen Staatsmacht. Es ist der Staat in unseren Köpfen, den wir herausfordern müssen, bevor wir zu den Waffen greifen und die Paläste anzünden.

In den 90ern gab es beim Aufstand der EZLN ja eine starke internationale Solidaritätsbewegung, die sich auch direkt vor Ort einbrachte. Wie verhält es sich damit in Rojava?

+++ **9.Mai** Demonstration „Teilhabe statt Ausgrenzung“: 400 demonstrieren für Gleichstellung von Menschen mit Handicap +++ **20.Juni** CSD in Oldenburg +++ **30.Juni** Schüler_innen veranstalten einen Spendenlauf für Kobane und sammeln 14000 € für den Wiederaufbau einer

Noch sehr verhalten. Ich weiß zu wenig über die damalige Situation in Chiapas, um einen direkten Vergleich zu wagen. Gemessen an dem, was hier stattfindet, ist es beschämend, wie wenig Solidarität es gibt. International kommt die meiste Unterstützung aus dem marxistischleninistischen Lager, vor allem aus der Türkei sind viele Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen gekommen, um zu helfen. Doch die libertären und anarchistischen Organisationen sind vielerorts indifferent bis offen ablehnend der Revolution gegenüber. Sie begehen damit einen Verrat an ihren eigenen Idealen. In Spanien waren es Stalins Anhänger*innen, die der Bewegung in den Rücken fielen. Heute stehen die, die das Erbe der damals Verratenen mit sich tragen, in der Verantwortung, Rojava nicht allein zu lassen. Vor allem im letzten Jahr mehr und mehr Freiwillige aus aller Welt, meist einzeln oder in kleinen Gruppen, nach Rojava gekommen, um zu helfen, zu kämpfen und zu lernen. Viele von ihnen sind ihren libertären Idealen gefolgt, jetzt arbeiten sie in Krankenhäusern und Kunstprojekten, helfen als Übersetzer*innen, drehen Filme oder kämpfen in der YPG.

Was würdest du derzeit von einer internationalen Solidaritätsbewegung erwarten, was für eine Rolle kann die Solidaritätsbewegung hier einnehmen und was wird am dringendsten benötigt?

Wir brauchen drei Dinge. Zuallererst muss Rojava bekannter werden. Über alle Medien, durch Kunst und Aktionen muss weltweit eine breite Öffentlichkeit erfahren, was in Rojava tatsächlich vor sich geht. Was dort jenseits des Krieges gegen Da3sh stattfindet muss allen Menschen deutlich werden. Zum Zweiten materielle Hilfe. Geldspenden sind wichtig, auch Material wie Medikamente, Maschinen und Fahrzeuge wird gebraucht, kann aber aufgrund des Embargos oft nicht über die Grenze gebracht werden. Dennoch ist jede Spende wichtig. Zahllose Gruppen suchen nach internationaler Unterstützung, um Kooperativen aufzubauen, ökologische Technologien zu etablieren, die Jugendarbeit zu stärken oder gesundheitliche Bildung zu organisieren. Dies sind nur ein paar von vielen Bereichen, in denen Hilfe gebraucht wird. Als grenzenlose Koordination stellen wir Kontakt du den Organisationen in Rojava her, sodass Genoss*innen und Soligruppen konkrete Projekte unterstützen können und sich mit Menschen in Rojava unmittelbar austauschen. Drittens brauchen wir Freiwillige, die herkommen, um die Revolution mit umzusetzen. Wir brauchen Ingenieurinnen und Ärzte, Techniker und Spezialistinnen, Erfinderinnen und Künstler. Vor Allem aber brauchen wir begeisterte Leute, die an die Revolution glauben.

Auch ohne Vorkenntnisse gibt es hier genug zu tun und was mensch noch nicht kann, kann mensch hier lernen. Das Äquivalent zu den Brigaden in Nicaragua sind hier die Lions Of Rojava. Auf ihrer Webseite kann man sich als Freiwilliger melden und weitere Informationen erhalten: www.thelionsofrojava.com. Es gibt noch einen vierten Schritt, doch der sprengt den Rahmen klassischer Soliarbeit. Es ist der Aufbau kommunaler Strukturen überall auf der Welt, mit Rojava als Vorbild, angepasst an die jeweiligen regionalen Bedürfnisse. Staat und Herrschaft können nur weltweit überwunden werden. Ihr Fortbestehen ist mit der demokratischen Moderne nicht vereinbar. Bildung und Wirtschaft, Gesundheit und Glaube, Kultur und Sicherheit – die Antworten auf all diese Bedürfnisse müssen den Herrschenden entrissen und auf lokaler Ebene neu erfunden werden.

Gibt es irgendetwas, das du gerne noch mitteilen möchtest?

Die Verteidigung der Revolution vonseiten von Staaten zu erwarten ist in etwa so absurd, wie einen katholischen Priester zum Gleichstellungsbeauftragten zu machen. Wenn Rojava nur von Staaten verteidigt wird, wird die Revolution untergehen. Nur wenn es nichtstaatliche Kräfte sind, die Rojava und die Rätebewegung unterstützen, kann der Staat überwunden werden. Nur wenn die Solidarität freiheitlich und antiautoritär ist, können wir die Hegemonie der Herrschaft zerschlagen. Die Revolution von Rojava und Mesopotamien ruft jeden freiheitsliebenden Menschen der Welt in die Pflicht. Wer auch immer glaubt, dass unser Leben jenseits von Arbeiten, Konsumieren und Sterben noch einen höheren Sinn hat, ist herzlich eingeladen. Die Utopie der Freiheit lag zu lange zerschlagen vor unseren Füßen. Bauen wir sie neu auf!

Quelle: Găi Dào Nr. 59 – November 2015

Solidaritätskomitee Kurdistan in Oldenburg

https://www.facebook.com/oldenburgersolikomiteekurdistan/

Schule +++ **1.Juli** Der Bremer Antifaschist Valentin wird verhaftet +++ **8.Juli** Absage des Freifeld-Festivals +++ **16.Juli** „Klima oder Kohle? Die soziale Frage in der Klimabewegung“ – Auftaktsdiskussion zu den Protesten und Aktionen im Braunkohlenrevier +++ **18.Juli** „Die Toten

ANTIKAPITALISTISCHE

Aktion Ende Gelände hat gezeigt: Der Widerstand gegen Kohle

Die Interventionistische Linke (IL) feiert in ihrer ersten Bilanz der Ende-Gelände-Aktion nicht nur das erfolgreiche Besetzen des riesigen Braunkohletagebaus, sondern auch die Zusammenarbeit mit Wachstumskritiker_innen, »die durch die Degrowth-Kongresse und konkrete Alternativprojekte politisiert wurden«. Wachstumskritik, dieser Diskurs von Mittelstandskindern, die nie Marx gelesen haben und nun den Armen dieser Welt vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben – nämlich weiter in Zuständen, die diese Mittelstandskinder für sich selbst niemals akzeptieren würden. Oder?

Ja und Nein. Die Kritik am Wachstum ist ein umkämpftes Feld, wie es Diskurse für gewöhnlich sind – mit Problemen und auch Chancen für eine emanzipatorische Politik. Matthias Schmelzer vom marxistisch geprägten Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaften der Uni Jena unterscheidet verschiedene theoretische Strömungen der deutschsprachigen Wachstumskritik. Ihnen gemeinsam ist, dass sie Menschen ansprechen, die ein Unbehagen angesichts des »Höher, Schneller, Weiter« des Kapitalismus verspüren.

Das zeigt sich einerseits auf einer individuellen Ebene, im Willen, das eigene Konkurrenzdenken und alltägliche Steigerungslogiken (»die mentalen Infrastukturen des Wachstums«) zu

hinterfragen, also im oft belächelten Versuch des richtigen Lebens im Falschen. Andererseits aber auch in verschiedenen kollektiven Praktiken, vom Gemeinschaftsgarten über die Genossenschaft bis hin zur politischen Organisation. In der deutschsprachigen Theorie sehen die Forscher_innen dabei tatsächlich eine Dominanz von Ansätzen, die eine individuelle Konsumreduktion betonen, soziale Ungleichheit kaum beachten und eine Änderung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem durch parlamentarische Institutionen anstreben. Doch seit letztem Jahr hat das Diskursfeld einen Wandel erfahren. Unter dem englischen Begriff »degrowth« versammeln sich Menschen, die die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Wachstum betonen und die Theorie mit einer herrschaftskritischen Praxis verbinden.

Eine Studie über die Teilnehmenden der Degrowth-Konferenz 2014 zeigt, dass diese wesentlich sozialer, radikaler und praktischer denken als die deutschen Protagonist_innen der verschiedenen

kommen“: Aktion zum Gedenken an die Toten an den europäischen Grenzen beim Staatstheater +++ **20.Juli** Sponti nach Anschlagsauf linke türkische Aktivist_innen in Suruc +++ **24.Juli** Ende des „Friedensprozesses“: Türkei startet Festnahmewelle und Bombardements gegen die

MITTELSTANDSKINDER

und Klimawandel lässt sich mit Wachstumskritik verbinden

Theorieströmungen. Der Degrowth-Diskurs ist vor allem bei privilegierten Menschen beliebt, insbesondere in einem jungen, studentischen Milieu. Dabei zeigt sich der selbstkritische Individualismus der Postwachstumsszene als Chance: Bei Degrowth-Veranstaltungen werden die Privilegien der Anwesenden oft kritisch reflektiert und auf dieser Basis nach neuen politischen Allianzen gefragt.

Viele Linke sehen Wachstumskritik skeptisch Linke Theoretiker_innen begegnen diesen Entwicklungen häufig mit Skepsis. In der Jungle World fragte die Leipziger Gruppe translib in ihren polemischen »16 Thesen zur Degrowth-Bewegung«, »warum statt einer umfassenden kommunistischen Kritik der kapitalistischen Epoche auf dem partikularen und diffusen Begriff des Wachstums herumgeritten wird.« Die einfache Antwort lautet: weil das erstmal mehr Leute verstehen und es eine differenziertere Kritik ja keineswegs ausschließt.

Doch die Rede vom Wachstum ist nicht nur ein Einstieg in die Kapitalismuskritik, sondern auch eine Erweiterung, da auch ein den Kapitalismus ersetzendes System nicht auf ständigem

Wachstum basieren kann. Wie die trans lib-Gruppe im selben Text selbstkritisch betont, wird der Zerstörung des Planeten »mit Polemik nicht beizukommen sein«.

Dass sich die Gruppe seither nicht mehr mit der »Zerstörung des Planeten« bschäftigt, kann man als beispielhaft für das zynische Desinteresse vieler Linker an der Verbindung von sozialer und ökologischer Politik sehen.

Bei der Degrowth-Konferenz 2014 betonten verschiedene Sprecher_innen, dass die Bewegung widerständiger werden und sich mit anderen Kämpfen verbinden müsse. Denn das Aufbauen von Alternativen reiche nicht aus, um ein gutes Leben für alle zu erreichen.

Diesen Worten folgten 2015 Taten: Auf dem Klimacamp im Rheinland fand unter dem Motto »Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit« eine Sommerschule statt, die 500 zusätzliche Menschen zum Klimacamp brachte und das Programm erheblich erweiterte. So wurde etwa unter Beteiligung der Gewerkschaften die drängende Frage diskutiert, wie denn ein gerechter Kohleausstieg im Rheinland aussehen könnte. Ein Großteil der Sommerschulbesucher_innen nahm im Anschluss an Ende Gelände teil, für viele war es die erste Aktion dieser Art.

Die radikale Linke sollte sich also freuen, dass sich Leute aus der diskursiven Komfortzone herausgewagt haben und einen umkämpften Begriff emanzipatorisch und aktivistisch mitprägen, der an traditionelle linke Diskurse anknüpft und diese sogar erweitert. Die IL zeigt, wie es gehen kann, wenn sie über die mediale Wirksamkeit von Ende Gelände schreibt: »Unsere Verknüpfung

von sozialer und ökologischer Frage, aber auch allgemein unsere Kritik am zerstörerischen Wachstumszwang des Kapitalismus blieben in der medialen Wahrnehmung randständig.«

Damit haben die Autor_innen gleich drei Kritiken in einem Satz untergebracht: die am Kapitalismus, am Wachstum und an der eigenen Praxis. Und sie haben damit auch eine Aufgabe für die gestärkte Klimagerechtigkeitsbewegung benannt: »System change, not climate change« muss als Botschaft noch zentraler werden.

Christopher Laumanns ist Mitarbeiter beim Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig.

von Christopher Laumanns

Ende Gelände geht weiter

Rein in die Grube

13.-16. Mai 2016 Lausitz

https://ende-gelände.org/

PKK +++ **1.August** Ein Jahr nach IS-Massaker in Shingal: 600 Menschen demonstrieren gegen PKK-Verbot und die Gefangenschaft von Abdullah Öcalan +++ **4.August** Unterzeichnung des Vertrages über das Kloster Blankenburg als neue „Erstaufnahmeeinrichtung“ +++ **14.August**

Ingo Harms

Sie sind wieder da: Reißwölfe in Oldenburg gesichtet

Vom Selbstverständnis zeithistorischer Forschung in einer deutschen Provinz

Es war der Stadtzeitung diabolo zu verdanken, dass eine Aktenvernichtung aufgedeckt wurde, die der Erforschung der oldenburgischen Nazi-Medizin wichtige Dokumente entzog. Der Einsatz des Reißwolfs wurde zum öffentlichen Skandal, was eine Zurückhaltung bewirkte, in deren Folge die Reißwölfe fast ausstarben. Als die Forschung daraufhin Aufschwung nahm und Aktenfunde machte, die die Vergangenheit bestimmter Einrichtungen ins Zwielicht tauchten, wurden die Reißwölfe wieder eingewildert... aber der Reihe nach.

Die in den neunziger Jahren von einer historischen Doktorarbeit aufgeworfenen Forschungsfragen zu NS-Medizin erforderten das Aktenstudium einer ganzen Reihe von Amtsarchiven. Neben den öffentlichen Archiven wie Staatsarchiv, Stadtarchiv und Landesbibliothek lagerten viele historische Akten noch bei den Behörden, bei denen sie in der Nazizeit entstanden waren. Dazu gehörte das Landeskrankenhaus Wehnen; ihm galt einer der ersten Anträge auf Akteneinsicht.

Der Antrag wurde von der Leitung des Landeskrankenhauses abgelehnt, mit der Begründung, dass die Klinikleitung zwar gern die Forschungen unterstützen würde, es aber leider ein Problem gebe, da die historischen mit den laufenden Akten derart vermengt seien, dass aus Datenschutzgründen erst einmal eine Aussortierung der historischen Akten nötig sei (als wüsste die Anstaltsleitung, welche Akten für die Untersuchung infrage kamen). Für diese Arbeit könne jedoch kein Personal abgestellt werden. Daher bedauere man, dem Antrag nicht stattgeben zu können. Die Wahrheit lautete allerdings, dass die historischen Akten gesondert aufbewahrt wurden und die Ausrede also der Verhinderung der Untersuchung diente. Darum reichte der Forscher beim Niedersächsischen Sozialministerium Beschwerde ein. Bald darauf erhielt die Leitung des LKH Wehnen eine ministerielle Anweisung, ihr Archiv unverzüglich der Forschung zu öffnen.

Monate des Aktenstudiums folgten. Dabei gewann der Forscher nicht bloß den erwünschten Einblick in die Geschichte der Anstalt, sondern auch in ihren Umgang mit dieser Geschichte. Als sich ein Angehöriger meldete, dessen Vater, Dr. D., im Jahr 1943 in Wehnen ermordet worden war, riet er ihm, die Krankenakte offiziell vom Landeskrankenhaus Wehnen anzufordern. Dabei war nach geltendem Datenschutzrecht die Mitarbeit eines Arztes nötig. So geschah es: Der Hausarzt forderte die Akte an, doch er bekam sie nicht. Das Absageschreiben lag in der Akte obenauf. Es stammte von der leitenden Ärztin, datierte vom 19. Oktober 1994 und lautete: „Sehr geehrter Herr Kollege, ein Arztbericht Dr. D. existiert hier nicht.“[1]1

1 LWA-P. 10237. Der Brief des Hausarztes (ohne

Aktionstage „Ende Gelände“: Über 1000 Menschen besetzen Braunkohletagebau Garzweiler 2 +++ **16.August** Freundeskreis Sinti und Roma feiert 20 jähriges Jubiläum +++ **24.August** Propagandatag der Bundeswehr auf dem Rathausplatz, Oldenburger Friedensbündnis mit Infostand

Über soviel Chuzpe musste der Forscher denn doch staunen. Mit verschlossenen Türen, faulen Ausreden und Reißwölfen war er inzwischen vertraut. Aber eine amtliche Lüge auch noch amtlich zu dokumentieren, war der Gipfel der Dreistigkeit. Und es warf ein bezeichnendes Licht auf den Umgang gewisser Ärzte mit den Opfern der Krankenmorde und ihren Angehörigen.

Obwohl sich die Forschungsfragen auf die Krankenmorde konzentrierten, folgte der Historiker auch Spuren anderer Medizinverbrechen, wozu die Zwangssterilisationen gehörten. Nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 waren die NS-Gesundheitsbehörden ermächtigt, jedem Verdacht einer „Erbkrankheit“ nachzugehen und eine als „Sippenforschung“ bezeichnete Familienanamnese zu betreiben, um mit der „Erbbiologi-

Württ. Innen
Med. Nr. 5/1934.

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses

vom 14. Juli 1933

mit Auszug aus dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24. Nov. 1933

Bearbeitet und erläutert von

Dr. med. Arthur Gütt — Dr. med. Ernst Rüdin

Dr. jur. Falk Ruttke

schen Kartei“ eine möglichst lückenlose Datenbank über die rassenbiologischen Merkmale der Bevölkerung anzulegen. Wie sehr sich die NS-Staatsdoktrin als Ausführungsorgan einer biologistischen Ideenwelt verstand, die in der pseudowissenschaftlichen „Rassenhygiene“ gipfelte, zeigt die frühe Einrichtung der Staatlichen Gesundheitsämter im Jahr 1935. Ihre erste und vordringlichste Aufgabe bestand in der erbbiologischen Erfassung, weshalb sie in jedem Landkreis eingerichtet wurden. Allein für die gerade mal 600.000 EinwohnerInnen des Oldenburger Staatsgebietes wurden neun dieser rassenhygienischen Zentren eröffnet, je eines für die Landkreise Friesland, Wesermarsch, Ammerland, Kreis Oldenburg, Vechta und Cloppenburg sowie die kreisfreien

Datum) ist im NLKH Wehnen am 17. Oktober 1994 eingegangen.

+++ **24.August** 2. Oldenburger Filmtag gegen den Krieg +++ **26.August** Demo wegen Gewalt in Heidenau: 300 Menschen gehen gegen Rassismus auf die Straße +++ **1.September** Diskussions- und Informationsveranstaltung „Griechenland und Europa – Quo vadis, Linke?“ +++ **04.Sep-**

Städte Oldenburg, Wilhelmshaven und Delmenhorst. Im Innenministerium am Dobben, wo die Fäden zusammenliefen, wachte der „Landesarzt" über das Funktionieren der Zwangssterilisationen.

Die Opfer wurden in das Gesundheitsamt zitiert, um sich einer demütigenden Prozedur zu unterwerfen. Sie mussten sich vor dem Arzt und dem Personal produzieren und peinliche Fragen über sich ergehen lassen, am Ende stand meist eine Anklageerhebung und ein Urteil zur Unfruchtbarmachung, das innerhalb von zwei Wochen zu vollstrecken war. Die meisten dieser gewaltsamen Eingriffe in die Autonomie, Unversehrtheit, psychische Gesundheit und Zukunftsplanung der Opfer, diese vorsätzlichen Körperverletzungen von ärztlicher Hand, wurden in der Städtischen Klinik, PFL, Peterstraße 3, oder in der Landesfrauenklinik, Kanalstraße 15, durchgeführt

Das Stadt-Oldenburger Gesundheitsamt fungierte als Sammelpunkt für die Informationen der übrigen Gesundheitsämtern. Es führte die „Erbbiologische Kartei" und war damit im Besitz unschätzbar wertvoller historischer Informationen über die Struktur und Details der regionalen „Erbgesundheits"-Politik der Nazis. Viele Spuren führten zu diesen Akten, und so richtete besagter Forscher eine Anfrage an das Oldenburger Gesundheitsamt.

Die Anfrage erfolgte im Februar 1994, doch die Auskunft lautete, dass es im Gesundheitsamt „keine Unterlagen, weder über Sterilisationen im Erbgesundheitsgericht noch über Euthanasiefälle, noch über beteiligte Mediziner" gebe (Telefonnotiz vom 14. Februar 1994). Damit war die Sache für den Forscher fürs erste abgetan, denn zwar hatte ihm die Erfahrung gezeigt, dass diese Art „Auskunft" meistens nicht der Wahrheit entsprach, aber ebenso klar war ihm auch, dass er keine Möglichkeit zur Überprüfung hatte. Forschung zur NS-Geschichte hängt oft vom guten Willen eines Amtsleiters oder, wie in Wehnen, einer Amtsleiterin ab. Hier wie dort war ein solcher Wille nicht vorhanden.

Zufällig, es war mehr als ein Jahr vergangen, stieß er auf einen Bericht im diabolo, Ausgabe April 1991. Unter dem Titel „Ab in den Reißwolf?" hatte der Leiter des Gesundheitsamtes in einem Interview damit geprahlt, dass er diese Akten wie seinen Augapfel hütete. „Ganz bewusst", so Dr. Friedrich, habe er sie nicht vernichten lassen, weil sie „auch ein Stück Zeitgeschichte widerspiegeln" würden. Außerdem benötige er sie für allfällige Regressansprüche der Opfer (wobei er natürlich nicht konkret wurde, denn solche Anträge wurden grundsätzlich abgelehnt). Die Akten unterlägen dem Arztgeheimnis und seien von Dritten nicht einsehbar.

Dies hielt ihm der Historiker mit Schreiben von 24. April 1994 vor. Mit seinen eigenen Worten konfrontiert, musste er nun Farbe bekennen, und so er schrieb am 2. Juni zurück, dass der Antrag geprüft werde. Am 12. Juni folgte dann seine Meldung, dass „die noch beim Gesundheitsamt vorhandenen Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus" dem Stadtarchiv übergeben worden seien. „Das Schriftgut kann dort von Ihnen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eingesehen werden." Bei nächster Gelegenheit besuchte der Forscher das Stadtarchiv, doch zu seiner großen Enttäuschung fand er nicht, wie erwartet, Hunderte von Akten vor, sondern lediglich 21 Stück. Obwohl hier offensichtlich etwas faul war, fehlte ihm jede Handhabe für eine Überprüfung.

Wieder kam der Zufall zu Hilfe. Im Herbst 1996 hatte ein Mitarbeiter des Gesundheitsamtes vor Mitarbeitern des Staatsarchivs bezeugt, dass „im Mai und Juni 1995 im städtischen Gesundheitsamt am Rummelweg sehr viele Akten aus der NS-Zeit durch einen Aktenvernichter zerkleinert wurden, die sich auf ‚angeblich Geistesgestörte', rassistisch minderwertige Personen', Behinderte und auf Zwangssterilisationen bezogen und in enger Verbindung zum Landeskrankenhaus Wehnen standen, großenteils seien auch Schwart-Weiß

_ Bilder dabei gewesen [...] dabei sollen auch Gesundheitsakten des Landkreises Oldenburg gewesen sein [...] ... [...] das Stadtarchiv [...] wurde nicht informiert." Dieser Aktenvermerk bedeutete nicht bloß die Aufdeckung einer Lüge – vor allem bedeutete es den unwiederbringlichen Verlust großer historischer Datenmengen.

Da der Reißwolf in diesem Fall gegen bestehende Vorschriften zugebissen hatte, denn behördliche Akten waren dem Staatsarchiv zu übergeben, weitete sich die kleine Lässlichkeit eines Amtsleiters, der eigentlich nur die „beflügelte Phantasie eines Doktoranden" zügeln wollte,2 zu einer Affäre aus. Zunächst versuchte er, die Aussage des Augenzeugen, die das Staatsarchiv in einem Aktenvermerk festgehalten hatte, als unbewiesene Behauptung abzutun. Er hielt einen „u.a. durch Befragen langjähriger, auch ehemaliger Mitarbeiter eruierten objektiven Sachverhalt" dagegen. Aktenvernichtungen in großem Stil habe es 20 Jahre zuvor gegeben, nicht aber unter ihm. Da er diesen „objektiven Sachverhalt" auf die gleiche Weise erhoben hatte, die er dem Staatsarchiv vorwarf, nämlich vom Hörensagen, konnte er seine Rechtfertigung darauf allein nicht aufbauen. Deshalb

2 Friedrich am 3.7.1997 an das Nds. Staatsarchiv z. Hd. Prof. Dr. A. Eckhardt.

tember Ausruf der Ausgangssperre in Cizre: Kämpfe zwischen PKK und türkischem Militär +++ **19.September** 600 auf Demo gegen den Terror der AKP +++ **29.September** Interkulturelle Woche: Lesungen, Filme und Konzerte im IBIS +++ **3.Oktober** Deutschland feiert unter dem

räumte er ein, dass auch unter seiner Leitung Akten vernichtet worden seien, jedoch habe diese Aktion, wie er versicherte, bereits „Februar 1995 (zwei Monate vor der Anfrage des Doktoranden...)“ stattgefunden, und zwar aus Platzgründen, wobei „die amtsärztlichen Akten Verstorbener nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet [...] wurden [...] worunter sich, wie sich leider erst hinterher herausstellte, auch ca. 50 bis 100 dieser NS-Akten befanden. Bedauerlicherweise waren sie vorher nicht nochmals dem Archiv angeboten worden.“

Mittlerweile war der Stadtrat mit der „Causa Reißwolf“ befasst und die regionale Berichterstattung um eine Provinzposse bereichert. Da dem Amtsleiter ein Disziplinarverfahren drohte, jedoch das Ende seiner Lebensdienstzeit in Sichtweite war, schlug sich die Stadtverwaltung in diesem Konflikt auf die Seite des Gesundheitsamtes. So wurde entschieden, dem Amtsleiter zu glauben, dass die Aktenvernichtung habe vor der Anfrage des Historikers stattgefunden habe. Damit konnte auch das Staatsarchiv sein Gesicht wahren, denn es hatte ja bloß eine Aussage protokolliert, die gleichwohl erfunden sein konnte. Allerdings hätten bei dieser Zeugenaussage auch die Schilderungen von Details erfunden werden müssen, die genau den Einzelheiten entsprachen, die von einem solchen Aktenfund zu erwarten waren, eben Daten über „Geistesgestörte, rassisch minderwertige Personen, Behinderte“, ein Bestand von „Gesundheitsakten des Landkreises Oldenburg“ und anderes. „Oh Gott, da sind ja noch die Fotos der Opfer drin“, gibt das diabolo-Magazin vom September 1997 den Augenzeugen wieder.

Man könnte die Tierliebe oldenburgischer Behörden gegenüber dem Reißwolf als eine Spätnachwirkung der Adenauer-Ära abtun, in der alles getan wurde, um den Naziterror zu verleugnen. Man könnte sie auch einer falsch verstandenen Loyal von Nachkriegsbeamten mit der Generation ihrer Vorgesetzten und Ausbilder zuschreiben, einer Generation, die dem „Führer“ treu gedient hat. Dann müssten allerdings mit dem Ausscheiden dieser zweiten Generation auch die letzten Gründe entfallen sein, Spuren zu verwischen und Akten zu vernichten. Aber weit gefehlt, denn die Reißwölfe sind wieder da, ja man kann sagen, sie haben ihr natürliches Habitat wieder besetzt. Neuerdings werden wieder Archive gesperrt, verschwinden Akten und werden Anträge verschleppt.

Eines dieser Blockademanöver gibt sich als eine Form von Entgegenkommen aus. Man erklärt, dass es zwar ein Archiv gebe, aber bedauerlicherweise keine für die Untersuchung interessanten Akten. Dies „Argument“ ist besonders interessant, weil sich die Archivverwaltung besser über die Relevanz von Akten informiert zeigt als der Forscher selbst. Tatsache ist aber, dass historische Archive eine Art archäologischen Fund darstellen, dessen Lage und Zustand bereits Rückschlüsse auf die historischen Geschehnisse bedeuten kann – einem Tatort nicht unähnlich. Vollends zerstört wird die Fundstelle, wenn sie aus ihrem Zusammenhang gerissen oder gar „sortiert“ wird. So hatte z.B. das Diakonische Werk die Anträge auf Akteneinsicht in der Neerstedter Einrichtung „To Hus“ jahrelang hingehalten. Von dort waren Heimbewohner nach Wehnen verlegt worden. Als endlich eine Reaktion erfolgte, wurde kein Archivbesuch gestattet, sondern es wurden Akten präsentiert, die angeblich von „To Hus“ in die Zentrale geschafft worden waren. Eine Überprüfung war nicht mehr möglich.

Ein anderes Beispiel zeigt, dass sogar eine laufende Archivbenutzung unterbrochen werden kann. Um der Forschungsfrage nachzugehen, wer von den Fürsorgegeldern profitiert hat, die durch die NS-Hungermorde in Wehnen „eingespart“ wurden, hatte das Archiv des Bezirksverbandes über Jahre hinweg mit der Forschungsstelle Geschichte der Gesundheits- und Sozialpolitik an der Universität Oldenburg kooperiert, es herrschte bestes Einvernehmen. Als sich jedoch zeigte, dass Unternehmen in den Genuss dieser Gelder gekommen waren, die in der Gegenwart eine wichtige Rolle spielen, sperrte der Bezirksverband sein Archiv. Die Forscher wurden hinauskomplimentiert. Nach Monaten tauchte der Bestand im Staatsarchiv wieder auf – ob vollständig, wird unklar bleiben müssen.

Wer fühlt sich von den Forschungsfragen bedroht? Zunächst, wie aus den bisherigen Funden zu schlussfolgern ist, hat der Bezirksverband selbst von den NS-Hungermorden profitiert. Im Mai 1933 war er durch das oldenburgische „Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung“ ermächtigt worden, nach Belieben die Pflegesätzen zu reduzieren. Jedoch sollte nicht bloß der Staatshaushalt entlastet werden: Vielmehr sollte der Landesfürsorgeverband, wie der Rechtsvorgänger des Bezirksverbandes sich nannte, mit den Pflegesätzen regelrecht wirtschaften, um daraus betriebliche Gewinne zu schlagen. Das erfolgte dann auch in einem Umfang, der aus einer Behörde, die nichts als durchlaufende Posten verwaltete, einen staatsmonopolistischen Kapitalbetrieb machte. Von diesem Vermögen profitierten die Ferngas-GmbH (die später in der EWE aufging), das Museumsdorf Cloppenburg, das Landesmuseum für Kunst und Kultur, die erbbiologische Sippenforschung sowie Einrichtungen der NSDAP.

Motto „Grenzen überwinden“ den Mauerfall: 2500 demonstrieren in Bremen +++ **9.Oktober** Kundgebung gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans und für die Aufhebung des PKK-Verbots +++ **10.Oktober** Rechte rufen zu „Gesprächen mit besorgten Bürgern“ auf – 300 Men-

Dem Museumsdorf gingen bedeutende Beträge zu. Nach Stand der Forschung hat es vom Landesfürsorgeverband während der NS-Zeit mindestens 75.000 RM erhalten, danach bis zum Jahr 1960 noch einmal 658.000 DM. Da es während des Krieges vom Konkurs bedroht war, befahl der Gauleiter Paul Wegener dem Verband, es vollständig zu übernehmen, was im Frühjahr 1944 auch erfolgte. Seitdem gingen viele Zuwendungen in einer gemeinsamen Buchführung unter, so dass die bisher bekannten Zahlen vermutlich eine Mindestgröße darstellen. Die Akten des Museumsdorfes sind der Untersuchung nicht zugänglich.

Nachkriegsfinanzierungen mögen auf den ersten Blick nichts mit den Nazis zu tun haben, doch die Vermögensbildung des LFV fand während und mithilfe des NS-Terrorregimes statt. Folglich ist die wirtschaftliche Bedeutung dieses Verbandes untrennbar mit dem NS-Regime und mit den Krankenmorden verbunden. Übrigens nahmen ja auch die Hungermorde in Oldenburg einen vom übrigen Geschehen abgekoppelten Verlauf. Sie begannen weit vor Beginn des „Euthanasie"-Programms und endeten erst Monate nach der Befreiung, denn sie beruhten auf Anordnungen der regionalen Verwaltung, die Initiative ging vom Landesfürsorgeverband aus. Dessen Rechtsnachfolger ist der von den Landkreisen getragene Bezirksverband, dessen politischer Einfluss groß genug ist, um nicht nur die Reißwölfe wieder heimisch zu machen, wie im Sommer 2009, als Tausende von Nachkriegsakten der Anstalt Wehnen geschreddert wurden. Sondern es wurden bereits Forschungsfinanzierungen storniert, ProjektleiterInnen ausgetauscht, und DoktorandInnen mussten ihre Forschungsthemen ändern – eine neue Bissigkeit, die der NS-Täterforschung neuen Widerstand entgegensetzt. Und damit ihre Wichtigkeit unterstreicht.

schen auf Gegentreffen bei der geplanten Notunterkunft für Geflüchtete im Stubbenweg +++ **10.Oktober** 102 Tote bei Bombenanschlag auf Friedenskundgebung in Ankara: Kundgebung in Solidarität mit den Opfern +++ **23.Oktober** Auftritt des Landessprechers der AfD Nordrhein-

Der folgende Redebeitrag wurde auf der feministischen Demo „raise your voice, your body, your choice“ im März diesen Jahres in Münster gehalten. Er richtet sich an eine linke Szene und auch explizit an eine linke queer-feministische Szene. Mit diesem Redebeitrag soll auf ein Thema aufmerksam gemacht werden, was kaum Anklang in „der Szene“ findet. Es gibt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wir freuen uns, wenn über den Text diskutiert wird, es Anregungen gibt. Wir hoffen, dass unsere Beobachtungen und Schlussfolgerungen verständlich sind.

ABLEISTISCHE LINKE?

Hallo. Der folgende Redebeitrag ist zum Thema Ableismus. Nicht nur hier in Münster, sondern auch in einigen anderen Städten finden sogenannte „1000 Kreuze Märsche“ statt.

In Berlin gehen jährlich mehrere Tausend fundamentalistische Christ_innen auf die Straße, entsprechend breiter sind auch die Themen, die sie sich zu Eigen machen. 2014 und auch in diesem Jahr wird dort das Thema Be_hinderung auf der Agenda stehen. Die christlichen Fundamentalist_innen greifen dabei durchaus gesellschaftlich relevante Fragen auf, so üben sie zum Beispiel Kritik an vorgeburtlichen Untersuchungen und ziehen Internetkampagnen dazu auf. Das Schlimme daran ist aber, dass ihre Argumentationsmuster immer gleich bleiben und sie so tun, als wären sie die einzigen, die sich mit entsprechenden Themen beschäftigen.

Das wollen wir nicht hinnehmen. Denn z.B. gibt es schon lange politisch sehr aktive Be_hindertenverbände, die ohne einen paternalistischen Habitus agieren, wie es die christlichen Fundamentalist_innen tun.

Uns macht wütend, dass die christlichen Fundamentalist_innen den Platz mit ihrer vermeintlichen „Gesellschaftskritik“ einzunehmen versuchen, und uns macht wütend, dass eine kritische Auseinandersetzung um das Thema Be_hinderung so wenig stattfindet. Allgemein in der Gesellschaft und in feministischen Zusammenhängen.

Deshalb wollen wir an dieser Stelle, auf dieser Demo die Gelegenheit nutzen darauf aufmerksam zu machen und auch Kritik an der eigenen Szene üben. Denn auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass in feministischen/queer_feministischen Debatten und Zusammenhängen kaum Auseinandersetzung zu Fragen rund um Be_hinderung stattfindet. Wir müssen dazu sagen, dass sich unsere Erfahrungen aus linken queer-feministischen Szenen ergeben, in der die allermeisten Menschen– so auch wir – als ‚gesund‘ oder als nicht-be_hindert wahrgenommen werden. Daher soll dieser Redebeitrag einen Anstoß zur Auseinandersetzung mit Be_hinderung und Ableismus geben. Klar können wir dabei nicht für alle Szenen sprechen, und hoffen daher, dass es in anderen Orten mehr Ansätze und Gruppen gibt.

Zum Begriff Ableismus:

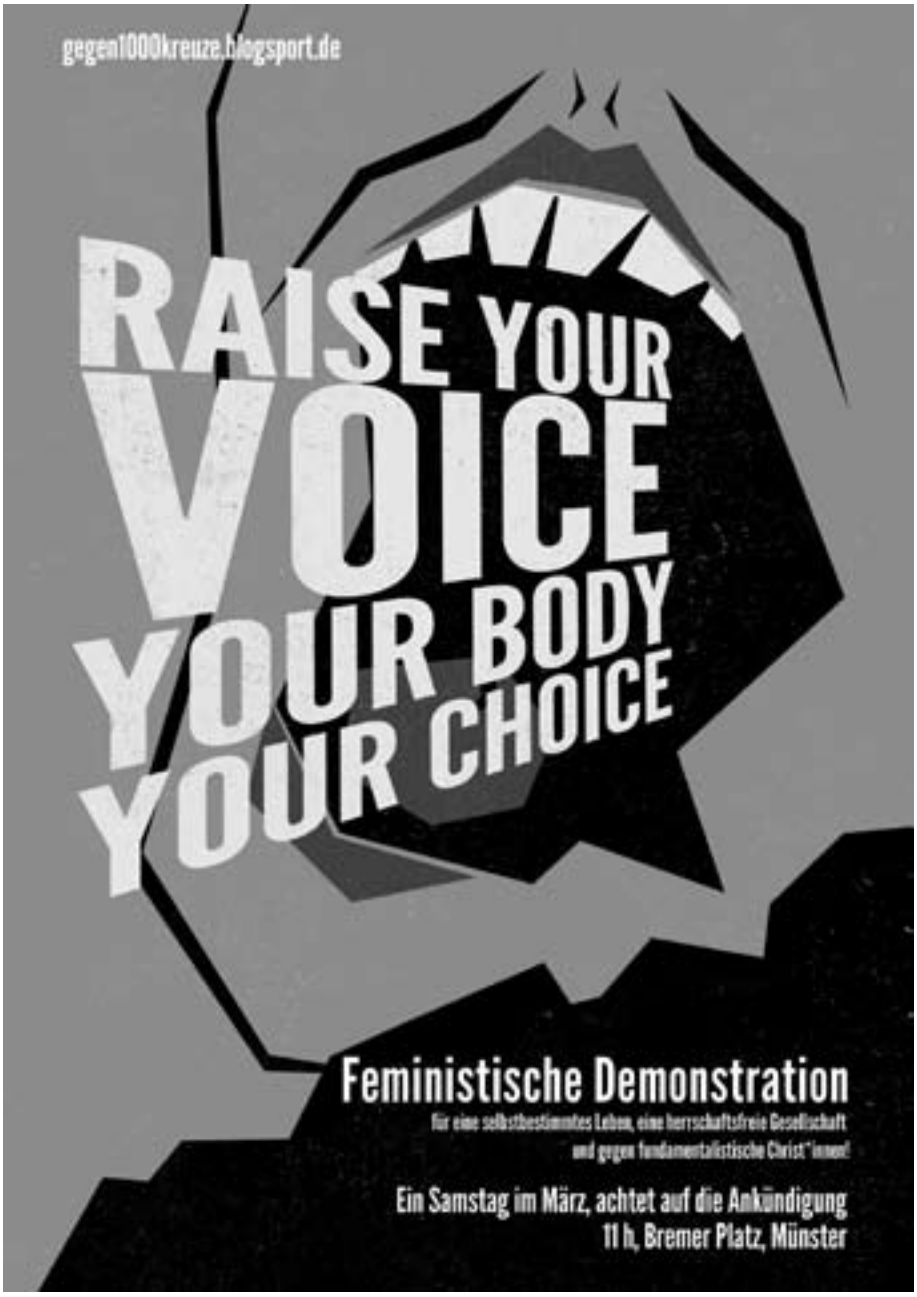
Als (theoretisches) Analyseinstrument wird oft mit dem Begriff Ableismus gearbeitet. Darunter wird meißtens die sogenannte Behindertenfeindlichkeit verstanden. Tatsächlich hat der Begriff aber eine andere Grundlage. Ableismus kommt vom englischen able = fähig und bedeutet eine einseitige Fokussierung auf körperliche und geistige Fähigkeiten einer Person. Im Vordergrund steht dabei eine Beurteilung und auch Verurteilung von Menschen je nach Ausprägung ihrer Fähigkeiten.

Ableismus kann demnach alle Menschen auf ihre Körperlichkeit reduzie ren.

Die praktischen Folgen sind jedoch für die schlechter Bewerteten weitaus unangenehmer und ausgrenzender. Demnach weist Ableismus eine enorme Tragweite der Ausschlüsse und Sonderbehandlungen auf.

Auch in feministischen/queeren/linken Räumen kommt es häufig darauf an, sich durch körperliche und/oder geistige Fähigkeiten zu präsentieren. Denn auch hier werden gesellschaftlich bestehende Normen reproduziert und hergestellt. Zum Beispiel, wenn

Westfalen Marcus Pretzell nach Ankündigung von Protest abgesagt +++ **24.Oktober** Solidaritätskomitee Kurdistan veranstaltet Kundgebung, Infoabend und Konzert unter dem Motto „Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf“ +++**26.Oktober** Antirassistische Aktions-



abverlangt wird, dass alle, die mitmachen wollen, sich an stundenlangen Diskussionen und Plena beteiligen müssen. Oder, wenn der Veranstaltungsort mal wieder keinen Aufzug hat und die rollstuhlgerechte Toilette – sofern es überhaupt eine gibt – als Putzutensilienlager dient. Diese Beispiele sind kein Alleinstellungsmerkmal einer feministischen oder linken Szene, sie sind leider immer noch nahezu allgemeingültig. Wir führen die Beispiele hier aber an, um deutlich zu machen, dass auch innerhalb „unserer" Strukturen ableistische Ausschlüsse stattfinden.

Wir können außerdem von einer bestimmten Situation berichten, die wir innerhalb einer Linken selbst erleben. Bei Diskussionen um Inklusion – das ist das Bestreben die Sonderräume auch für Menschen mit Be_hinderung aufzuheben und stattdessen eine Gesellschaft mit möglichst wenig Barrieren für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu erlangen – wird z.B. immer wieder als „Kritik" am Inklusionsvorhaben angemerkt, dass dies bloß eine Eingliederung in das kapitalistische System bedeute. Wir finden eine Kapitalismuskritik generell absolut notwendig und auch Inklusion darf und muss kritisch betrachtet werden. An diesem Punkt aber fällt es aus einer ableismus-kritischen Perspektive schwer mitzugehen. Es ist für uns einfach schräg, dass eine Kapitalismuskritik ausgerechnet an der Stelle formuliert wird, wo eine als nicht be_hindert geltende Person auf all ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten zurückgreifen kann, um bestmöglich vom kapitalistischen System profitieren zu können. Auch eine Ablehnung von Arbeitsverhältnissen oder dem System als Ganzem beruht in linken Räumen (das sind häufig auch gut ausgebildete oder akademische Kreise) oftmals auf bewussten Entscheidungen.

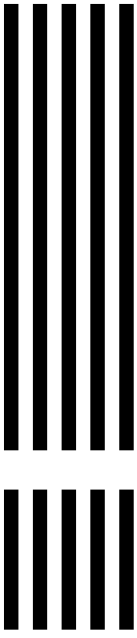
woche +++ **1.November** Parlamentswahl in der Türkei: Absolute Mehrheit für AKP; Internationaler Aktionstag für die Freiheit und den Wiederaufbau von Kobane +++ **7.November** Wilgida stoppen! 800 Antifaschist_innen demonstrieren in Wilhelmshaven +++ **10.November** Erinne-

Genau diese Entscheidungsmöglichkeit aber, ob mensch im kapitalistischen Verwertungsmarkt mitmachen will oder ihn auf den Mond schießt, bleibt vielen Menschen mit einer sogenannten Be_hinderung häufig vorenthalten. Und letztendlich geht es genau darum.

Wir kritisieren hiermit vor allem ein Argumentationsmuster, dass die Perspektiven von Menschen mit sogenannter Be_hinderung ausblendet, ohne die eigene Verwobenheit in kapitalistische Strukturen zu reflektieren. Sogenannte be_hinderte Menschen werden von vornherein strukturell von Möglichkeiten im System ausgeschlossen, welche in aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen dazu gehören, um als Teil dieser Gesellschaft gelten zu können. Genau an diesem Punkt versagen auch die christlichen Fundamentalist_innen mit ihrer Pseudomoral, die sonst so aufgeschlossen gegenüber Menschen mit sogenannten Be_hinderungen tun. An diesem Punkt und schon viel früher müssen wir aus einer queer-feministischen emanzipatorischen Perspektive ansetzen.

Denn unser Anspruch einer queer_feministischen Perspektive auf gesellschaftliche Strukturen ist die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Privilegien und Diskriminierungsformen. Be_hinderung ist ein sozialer Prozess und dabei durch das Erleben von verschiedenen Machtstrukturen wie class, race, gender et cetera durchzogen. Be_hinderung muss unserer Meinung nach als biologistische und soziale Kategorie dekonstruiert werden. An dieser Stelle sei auf die stattfindende Diskussion und Dekonstruktion von sex und gender verwiesen, in der beide Kategorien als soziale Kategorien dekonstruiert werden. Für den Aspekt Be_hinderung heißt das, dass unsere Einschätzungen darüber, ob wir Menschen als be_hindert oder nicht-be_hindert einordnen, genauso wie die daran gebundenen Bewertungen, im Laufe unseres Lebens gelernt haben. Das bedeutet auch, dass wir diese wieder umlernen können und uns vor allem bewusst machen sollten, dass Be_hinderung eine Konstruktion und ein aktiv durchgeführter sozialer Prozess ist.

Wir wollen eine Auseinandersetzung mit Ableismus in emanzipatorischen Debatten und fordern auch euch dazu auf dies mitzudenken. Es kann nicht sein, dass sich die christlichen Fundamentalist_innen im Namen von sogenannten be_hinderten Menschen gegen Schwangerschaftsabbrüche einsetzen, dabei eine fadenscheinige ethische Überlegenheit für sich beanspruchen und wir nur dabei zu gucken, wie sie ihrer scheiß Moral Raum geben. Ableismus ist ein Thema womit wir uns beschäftigen müssen! Für eine solidarische und unterstützende Gesellschaft!



rungsgang zur Reichspogromnacht +++ **12.November** 41 Tote bei Doppelanschlag in Beirut +++ **13. November** 130 Tote und 352 Verletzte bei Terroranschlägen in Paris: Ausnahmezustand in Frankreich, Verschärfung der „Sicherheitsmaßnahmen“ in anderen europäischen Staaten

Free the four

Seit Oktober befinden sich 3 Aktivisti der Hambacher Forst Besetzung in Untersuchungshaft. Ein_e vierte Aktivist_in wurde Ende November in einem Supermarkt festgenommen.

Gegen die Abholzung des Hambacher Forstes durch RWE gibt es seit 2012 immer wieder Wald- und Wiesenbesetzungen, um sich der Braunkohlegewinnung und der damit einhergehenden Umweltzerstörung, Vertreibung und Tötung menschlichen und nichtmenschlichen Lebens direkt in den Weg zu stellen. Auf mehrfache Besetzungen von Braunkohlebaggern und zuletzt einem Sonderzug zur Klimafonferenz nach Paris oder die Besetzung des Kölner Doms Ende November reagieren RWE und der Staat mit verstärkter Repression.

Die Menschen setzen sich dort für ein freieres, emanzipatorisches, selbstorganisiertes Leben ein und versuchen erlernte Hierarchien und Ausgrenzungsmechanismen in der Gesellschaft und im eigenen Verhalten kritisch zu hinterfragen, aufzudecken und zu bekämpfen.

Infos gibt es hier

- hambacherforst.blogsport.de/in-haft
- abcrhineland.blackblogs.org

Für die Freilassung aller Gefangenen!

Schreibt den Gefangenen Briefe:

Florian Wilschke
JVA Köln
Rochusstrasse 350

Marte
JVA Köln
Gefangenenbuchnr. 4640/15/0
Rochusstraße 350
50827 Köln

Mr Blue
Gefangenenbuchnr. 1uJS932/15
JVA Aachen
Krefelderstraße 251
52070 Aachen

vierte Person noch unbekannt

Free the T(h)ree – jetzt sind es vier

+++ **23.November** Demo „Religionen gemeinsam gegen Gewalt“ +++ **30.November** 30 Antifaschist_innen protestieren gegen angesagte „Bürgerversammlung“ zu geplanten Wohncontainern in Eversten +++ **4.Dezember** Bundestag beschließt Einsatz der Bundeswehr in Syrien

Termine

dezember

Fr.	18.12.	21:00	Fat Hoschi Concerts
Sa.	19.12.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
Sa.	26.12.	23:00	Rosa Disco
Do.	31.12.	22:00	ALSO-Silvesterparty

januar

Sa.	2.1.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Sa.	8.1.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	16.1.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
Sa.	30.1.	23:00	Rosa Disco

februar

Fr.	5.2.	22:00	Mash Up Di Place
Fr.	12.2.	21:00	Soli-Konzert
Fr.	19.2.	21:00	Solo-Konzert P-Platz
Sa.	27.2.	23:00	Rosa Disco

wöchentlich

Di.	20:00	Subklub
Mi.	18:30	Awareness Treffen
Do.	18:00	‚Rhythms of Resistance Oldenburg'
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mo.	20:00	Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
3. Mo.	20:00	Offener antifaschistischer Treff
1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
2. + 4. Mi	19:30	Welcome Refugees Oldenburg-Gruppe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
4. Mi.	19:30	Psychiatriekritische Kneipe
1. Do.	18:00	‚Stop Deportation'-Gruppe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer_innenplenum

infoladen

Do.	18:00 – 21:00	